Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

23.8.1922 (No. 195)

Visual Library

№ 195 Mittwoch, den 23. August 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlsfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V. Redakteur E. Rüf, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 ℳ — Einzelnummer 2 ℳ — Anzeigengebühr: 3 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die sog. „Reichsverbandsprüfung" der nichtstaatlichen Lehranstalten.

** Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die sogenannte „Reichsverbandsprüfung", die an den nichtstaatlichen Lehranstalten in Baden und im übrigen Reiche abgehalten wird, durchaus privaten Charakter hat. Diese Prüfung soll jungen Leuten, denen die Reife für Obersekunda fehlt, Gelegenheit geben, ein „Mindestbildungsmaß" für den Eintritt in bestimmte Berufe oder Fachanstalten nachzuweisen. Die Anforderungen entsprechen angeblich denen der früheren Einjährigenprüfung.

Der Reichsschulausschuß hat die Anschauung vertreten, daß zu einer solchen Prüfung ein Bedürfnis nicht vorliege. Nachdem die Einjährig-Freiwilligenprüfung, die früher vor einer besonders eingesetzten Kommission habe abgelegt werden können, durch das Reich aufgehoben worden sei, könne auch einer Ersatzveranstaltung für diese Prüfung staatlicherseits eine Bedeutung nicht beigelegt werden. Die frühere Einjährigenprüfung werde lediglich durch die an einer öffentlichen Lehranstalt abgelegte Prüfung zum Nachweis der Reife für die Obersekunda ersetzt.

Hiernach kann eine solche private Prüfung keinerlei Ersatz für eine staatliche Prüfung bilden. Sie wäre daher auch für die etwaige spätere Zulassung zu öffentlichen Berufen ohne jede Bedeutung, wie ihr Bestehen auch nicht von der Ablegung einer Aufnahmeprüfung in die Obersekunda einer öffentlichen Lehranstalt befreien kann. Im Hinblick hierauf könnte auch Lehrern öffentlicher Schulen nicht gestattet werden, sich an der Abhaltung solcher Prüfungen zu beteiligen, selbst wenn ihnen die Genehmigung zum Unterrichten an den betreffenden nichtstaatlichen Anstalten erteilt worden sein sollte.

Durch eine solche Prüfung würde überdies der organische Aufbau des Schulwesens, wie er nach den Bestimmungen der Reichsverfassung vorgesehen ist, nur ungünstig beeinflußt werden, da die Prüfung in der systematischen Ausgestaltung des Schulwesens keine innere Begründung finden würde.

Die Gesundung der Reichsbahn.

Die Beseitigung der Fehlbeträge.

Staatssekretär Stieler schreibt in der „Voss. Ztg.": Die Reichsbahnverwaltung hat in diesen Tagen den endgültigen Abschluß des ordentlichen Haushalts für 1921 veröffentlicht und fast gleichzeitig den vorläufigen Abschluß für die ersten drei Monate (April bis Juni) des neuen Rechnungsjahres. Der Abschluß für 1921 zeigt bei 45,1 Milliarden Einnahmen und 52,0 Milliarden Ausgaben einen Fehlbetrag von 6,9 Milliarden. Gegenüber dem Haushaltsvoranschlag mit seinen Nachträgen bedeutet das eine Steigerung der Einnahmen um 7,6 Milliarden, der Ausgaben um 3,7 Milliarden und ein Verminderung des Fehlbetrages um 3,9 Milliarden.

Das Rechnungsjahr 1920, das erste Jahr der Reichsbahn, hat mit einem Fehlbetrag von 15,6 Milliarden abgeschlossen. Der neue Abschluß zeigt demgegenüber eine Verbesserung um 8,7 Milliarden. Die Betriebsausgaben, die sich im Jahre 1920 zu den Einnahmen verhielten wie 172,8 : 100, stehen im Jahre 1921 zu den Einnahmen im Verhältnis von 108,5 : 100. Die freilich immer noch negative Betriebszahl hat sich danach um 64,3 verbessert.

Der Abschluß für das erste Vierteljahr des neuen Rechnungsjahres 1922 ist, wie erwähnt, ein vorläufiger. Die Reichsbahn hatte sich wie ihre Rechtsvorgängerinnen, die Staatsbahnen, bisher darauf beschränkt, nur die Einnahmen in vorläufigen Zahlen anzugeben. Von einer Veröffentlichung der Ausgabezahlen war bisher im Verlaufe des Rechnungsjahres abgesehen worden. Es ist einleuchtend, daß Zwischenabschlüsse nicht den Anspruch auf volle Genauigkeit erheben können. Die Verwaltung ist zum Teil auf Schätzungen angewiesen. Sie hat diese Schätzungen auf beiden Seiten mit größter Gewissenhaftigkeit und Vorsicht vorgenommen.

Für das erste Vierteljahr des Rechnungsjahres 1922 sind berechnet:

die Einnahmen auf 32,9 Milliarden,
die Ausgaben auf 30,4 Milliarden, danach ergibt
sich ein Überschuß von 2,5 Milliarden.

Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse wird folgendes im Auge zu behalten sein:

Der Fehlbetrag des Jahres 1920 mit über 15 Milliarden sollte nach dem ursprünglichen Plane des Reichsverkehrsministers, dem auch dessen politische und wirtschaftliche Berater zugestimmt hatten, im Laufe der nächsten beiden Rechnungsjahre abgebaut werden, und zwar derart, daß etwa zwei Drittel davon durch Tariferhöhungen, ein Drittel durch Ersparnismaßnahmen zu decken gewesen wären. Der gebotene volle Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen wäre danach erst im Rechnungsjahre 1923 erreicht worden. Bei Einhaltung dieses Programms, dem die Tarifpolitik im ersten Halbjahr 1921 noch angepaßt war, wäre es möglich gewesen, mit den Tariferhöhungen langsam vorzugehen und das Wirtschaftsleben schonend zu behandln. Die Verwaltung hätte insbesondere Zeit gehabt, die von Anfang an eingeleiteten Ersparnismaßnahmen sich auswirken zu lassen.

Welche Verhältnisse die Reichsbahn gezwungen haben, von dem ersten Plane abzuweichen, ist bekannt. Unter diesem Zwang hat die Reichsbahn, den allgemeinen Teuerungswellen folgend, vom zweiten Halbjahr 1921 an im Güterverkehr Tariferhöhung auf Tariferhöhung vornehmen müssen, und zwar in der rohen Form der prozentualen Zuschläge. Diese Politik mußte bis zum 1. d. Mts. fortgesetzt werden. Der für alle Teile unerwünschte Zustand wird im Reichsverkehrsministerium aufs unangenehmste empfunden. Kein Mensch freut sich dort über die Tarifdiktatur, zu der das Ministerium gedrängt wurde. Es wird aber zugegeben werden müssen, daß entgegen mancher Voraussage das eingeschlagene Verfahren den verfolgten Zweck erfüllt hat. Die Tariferhöhungen sind bisher, vom Verkehr im ganzen genommen, glatt getragen worden. Der Vergleich der Einnahmen aus den letzten sechs Monaten mit denen der entsprechenden Periode des Vorjahres und die Gegenüberstellung der Tarife zeigt, daß ein guter Teil der Mehreinnahmen nicht auf die Tariferhöhungen, sondern auf die Steigerung des Verkehrs zurückzuführen ist, die sich auch aus der Statistik über die Wagengestellung ergibt. Ob diese Tarifpolitik auch hätte durchgeführt werden können bei rückläufiger Wirtschaftskonjunktur, ist eine andere Frage. Ebenso wird nicht verkannt, daß die Tariferhöhungen für einzelne Güterarten, Tarifklassen und Verkehrsbeziehungen verkehrshemmend gewirkt haben mögen.

Es ist daher Aufgabe der Reichsbahn, jetzt in der durch die seitherige Tarifpolitik geschaffenen Atempause eine neue organische Durcharbeitung der Güterarife vorzunehmen, bei der die angedeuteten Mängel beseitigt werden sollen. Diese Aufgabe ist von der Verwaltung längst in Angriff genommen. Sie wird so gefördert werden, daß der durch die Verfassung dem Ministerium als Berater in Tarifsachen beigegebene Reichseisenbahnrat und damit die beteiligten Wirtschaftskreise Gelegenheit haben, rechtzeitig zu den Plänen der Verwaltung Stellung zu nehmen. Der organisch umgearbeitete Gütertarif soll zum 1. Oktober d. J. eingeführt werden.

Wenn von mancher Seite gewünscht wird, daß der neue Tarif früher in Kraft gesetzt werden möge, so ist daran zu erinnern, daß diesem Verlangen nur entsprochen werden könnte bei Verzicht auf die von derselben Seite und mit Recht verlangte rechtzeitige Bekanntgabe des Entwurfs an die Interessentenkreise. Auch nach dem hier mitgeteilten Plane werden alle Beteiligten sehr rasch arbeiten müssen, wenn der angegebene Termin eingehalten werden soll.

Das Reichsverkehrsministerium hofft, daß trotz der immer zunehmenden Teuerung, die sicher auch weitere Steigerungen der Gehälter und Löhne im Gefolge haben wird, das laufende Vierteljahr von weiteren Tariferhöhungen verschont bleiben kann. Das zweite Vierteljahr wird dann aber, das ist mit Sicherheit vorherzusagen, einen weit weniger günstigen Abschluß bringen als das erste. Es ist daher zu erwarten, daß mit der Einführung des organisch umgebildeten Gütertarifs eine weitere Erhöhung der Sätze vorgenommen werden muß. Die Verwaltung wird aber alles daran setzen, künftig das Wirtschaftsleben vor solch rasch aufeinanderfolgenden Tariferhöhungen zu bewahren, wie sie in letzter Zeit durch die Verhältnisse geboten waren. Eine gewisse Entlastung erfahren die Gütertarife durch die zum 1. Oktober vorgesehene Erhöhung der Personentarife, die auch dann noch weit hinter der durch das Sinken des Geldwertes bedingten Steigerung zurückbleiben werden. Die Erwägungen, die zu der schonenden Behandlung des Personenverkehrs führen, liegen auf der Hand. Daß die Durchführung der hier kurz angedeuteten Pläne durchkreuzt werden kann durch Ereignisse, die von der Verwaltung nicht verantwortet werden, sei ausdrücklich erwähnt.

Die Öffentlichkeit hat auch in letzter Zeit so oft hören müssen, die Reichsbahn suche ihre Finanznot lediglich durch Steigerung der Einnahmen, durch Tariferhöhungen zu erreichen. Sie versäume es dagegen, ihre Aufmerksamkeit und Anstrengungen auf die Verminderung der Ausgaben zu richten. Der Vorwurf ist unbegründet. Freilich sind die Ausgaben der Reichsbahn auf allen Gebieten in den letzten Monaten gewaltig gestiegen. Keine Ersparnismaßnahme war imstande, das auszugleichen, was durch Steigerung der Preise wie der Löhne und Gehälter mehr auszugeben war. So verschwinden die Ergebnisse der Ersparnismaßnahmen für die oberflächliche Beurteilung. Ihre Bedeutung ist darum nicht geringer. Sie möge aus folgenden Beispielen erhellen: Von Beginn dieses Kalenderjahres bis zum 31. Mai ist das Personal der Reichsbahn um 27 000 Köpfe verringert worden. Dies bedeutet, für das Jahr berechnet, nach den heutigen Lohn- und Gehaltssätzen eine Geldersparnis von 1½ Milliarden. Ferner: Der Kohlenverbrauch für den Lokomotivkilometer hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,39 Kilogramm vermindert. Die Jahresersparnis auf diesem Gebiet beläuft sich nach den heutigen Preisen auf 1,7 Milliarden Mark. Berücksichtigt man nun diese beiden allerdings besonders wichtigen Posten, so ergibt sich eine Jahresminderausgabe von über 3 Milliarden, die sonst vom Verkehr aufzubringen wären. Die Verwaltung weiß ganz gut, daß auf dem Gebiet der Ausgabenersparnis noch recht viel zu leisten ist. Sie ist weit davon entfernt, sich mit dem bisher Erreichten zu beruhigen. Sie wird sich aber immer mit Nachdruck dagegen verwahren, daß sie diese wichtige Seite ihrer Aufgabe nicht beachte. Man wird ihr auch nicht verübeln dürfen, wenn sie darauf hinweist, daß die Leistungen ihres Personals fortlaufend steigen, während im Kohlenbergbau, dem am ehesten zum Vergleich heranzuziehenden privatwirtschaftlich geleiteten Riesenbetrieb, die Leistungen in der verhängnisvollsten Weise zurückgegangen sind.

Die Reichsbahn steht dieser Tatsache mit größter Sorge gegenüber. Ihre Belieferung mit inländischer Kohle ist so schlecht, daß die in großen Mengen angekaufte fremde Kohle, aus der ein Vorrat für den Herbst und Winter gebildet werden sollte, heute schon zur Deckung des Tagesbedarfs herangezogen werden muß. Die Möglichkeit, fremde Kohle hereinzubekommen, ist begrenzt. Wenn es also dem deutschen Bergbau nicht gelingt, die Belieferung der Reichsbahn rasch und erheblich zu steigern, so wird der Herbstverkehr nicht glatt bewältigt werden können. Das bedeutet nicht nur Einnahmeausfälle für die Reichsbahn, sondern vor allem die schwerste Schädigung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens. Die Verantwortung hierfür muß die Reichsbahn heute schon aufs entschiedenste ablehnen.

*

Der neueste Vierteljahresausweis der Reichsbahn, auf den Staatssekretär Stieler in seinen obenstehenden Ausführungen Bezug nimmt, enthält über Einnahmen und Ausgaben die folgenden Einzelangaben:

A. Einnahmen (in Millionen Mark):

	Personen- u. Gepäckverkehr	Güterverkehr	Sonstige Einnahmen	Zusammen
Juni 1921:	501	1 464	63	2 028
Juni 1922:	1 518	10 972	290	12 780
	+ 1 017	+ 9 500	+ 227	+ 10 752
	+ 202,8 %	+ 649,5 %	+ 365,6 %	+ 530,2 %
April, Mai, Juni 1921:	1 341	4 198	157	5 696
April, Mai, Juni 1922:	3 957	28 136	799	32 892
	+ 2 616	+ 23 938	+ 642	+ 27 196
	+ 195,0 %	+ 570,2 %	+ 409,4 %	+ 477,4 %

B. Ausgaben.

Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts einschl. Schuldendienst sind für den gleichen Zeitraum (April bis Juni 1922) ermittelt zu 30 400 Mill. Es ergibt sich mithin eine Mehreinnahme von rund 2500 Millionen.

Die Reparationsrede Poincarés.

Über die hochpolitische Rede, mit der Poincare, wie schon erwähnt, gelegentlich der Eröffnung des Generalrats des Departements Meuse seine Politik zu rechtfertigen suchte, berichtet der Pariser Korrespondent der „Voss. Ztg." noch folgende Einzelheiten:

Nachdem der französische Ministerpräsident zunächst einen Rückblick auf seinen eigenen politischen Werdegang geworfen hatte, betonte er, er lege Wert darauf, vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung **„kurz über das ewige Reparationsproblem"** zu sprechen, das für Frankreich eine Lebensfrage bedeute, und dessen Lösung „sich bisher nicht nur an dem schlechten Willen, sondern **an recht überraschenden Schwierigkeiten** gestoßen habe.

Schon während des Krieges, so führte Poincaré aus, sei es nicht leicht gewesen, die Ideen der Verbündeten in Übereinstimmung zu bringen, doch habe das Gefühl der gemeinsamen Gefahr zur Lösung der Schwierigkeiten beigetragen. Nach dem Waffenstillstand aber hätten die Politiker nach und nach das Gefühl der **politischen Solidarität verloren.** Zwei große Kollektivleidenschaften hätten sich frei gemacht, die man bald **als** „Nationalismus" oder „Imperialismus", bald als „Kommunismus" und „Bolschewismus" bezeichnete.

Poincaré wandte sich gegen den Vorwurf, den gewisse Nationen, die „bald imperialistischer denken als Frankreich", Frankreich gegenüber erheben: es hege herrschsüchtige Träume. Frankreich **suche** keine Gebietserweiterung, **begehre** keine Hegemonie, und **wolle** kein Volk vernichten oder erniedrigen.

Es verlange „nur die Ausführung der Verträge", von denen sein Heil abhänge. Das würde oft von seinen besten Freunden nicht verstanden. Diese folgten hierbei ihren eigenen Wegen; Frankreich folge dem seinigen, und so komme es denn, daß man sich voneinander entferne. Poincaré meinte, er sei nicht darüber erstaunt, daß **gewisse Verbündete** nach dem Waffenstillstand **ihrem** „heiligen Egoismus" gefolgt seien. Was er und das ganze Frankreich aber weniger verstünden, sei, warum sowohl bei Abschluß des Friedensvertrages, als auch bei den späteren Abkommen sich **die Einigung nur auf Kosten Frankreichs habe erzielen lassen.** Es habe beinahe den Anschein, als ob man Frankreich das Recht abspreche, eine französische Politik zu haben.

Der Ministerpräsident protestierte dann dagegen, daß man Frankreich, das zweifellos die größten Verluste an Menschenleben und Material gehabt und damit das größte Anrecht auf „Reparationen" habe, sowohl auf den interalliierten Konferenzen als auch in der Reparationskommission dem „Gesetz der Mehrheit" unterworfen habe. **Namentlich England sei sich über den Ernst der Finanzlage Frankreichs, und das Interesse, das es habe, schnell von Deutschland entschädigt zu werden, nicht ganz klar.** Namentlich scheine es die **Vorschüsse** zu vergessen, die Frankreich für Rechnung seines Schuldners gemacht habe, und sei daher stets zur Schonung desselben bereit. Jedes Mal, wenn Frankreich gemeinsame Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland verlangte, habe England auf Schonung bestanden.

Poincaré bezog sich dann auf die Verhandlungen in London und zählte die schon öfters vorher ausgeführten „Beweise" dafür auf, daß Deutschland „absichtlich" seine Währung entwertet habe. Man könne auch die Behauptung nicht aufrechterhalten, daß der Sturz der Mark auf die negative Handelsbilanz Deutschlands oder auf die Reparationszahlungen zurückzuführen sei. Denn, wenn man das Handelsdefizit Deutschlands zum Durchschnittskurse von 1919, 1920 und 1921 in Franken umrechne, ergebe sich, daß das französische Handelsdefizit das deutsche um 28 185 000 000 Franken übersteige, selbst unter Zugrundelegung der deutschen Statistiken, die nur mit Vorbehalt aufzunehmen seien.

Außerdem aber habe Deutschland nach Kriegsende keine Auslandsschulden gehabt und die **einzigen „etwaigen größeren Zahlungen an das Ausland"** seien die **Reparationen** gewesen. Frankreich aber habe bei Kriegsende Schulden von rund 48 Milliarden gehabt, und habe trotz seiner verwüsteten Gebiete und trotzdem die Bevölkerung Frankreichs nur drei Fünftel der Bevölkerung Deutschlands betrage, teils durch das Defizit der Handelsbilanz, teils durch Zahlungen beinahe 45 Milliarden an das Ausland abgeführt, während Deutschland nur 32 Milliarden bezahlt habe. Ein Vergleich dieser Ziffern, **behauptete**

Poincaré, beweise, daß der Sturz der Mark nicht auf die deutscherseits aufgestellten Ursachen zurückzuführen sei. Poincaré schiebt diesen Sturz auf die **„ungezügelte" Notenausgabe**, auf die „ungehemmte" Kapitalflucht und auf „unnötige" Ausgaben für öffentliche Arbeiten und Subventionen.

Vernunftgemäß hätte die Reparationskommission bereits öfter das **„verschuldete"** Versagen Deutschlands feststellen und es den verbündeten Regierungen überlassen müssen, die angebrachten Sanktionen zu ergreifen. Aber die **Instruktionen**, die gewisse Regierungen ihren Vertretern in der Reparationskommission gegeben hatten, seien immer **„außerordentlich milde"** gewesen. Der Buchstabe des Vertrags sei vielleicht geachtet worden, nicht aber der Sinn. Poincaré wandte sich dann gegen England, welches sofort nach dem deutschen Moratoriumsantrag die Notwendigkeit des Moratoriums zugestand, ohne erst Frankreich zu befragen. Gleichzeitig aber habe England Frankreich durch seine Note über die Schuldenfrage überrascht.

Der Ministerpräsident gab dann eine **Zusammenstellung der interalliierten Schulden in Gold**, die wie folgt aussieht:

Frankreich schuldet an England 11,863 Milliarden, an Amerika 13,791 Milliarden.

England schuldet an Frankreich 1,092 Milliarden, an Amerika 18,800 Milliarden.

Italien schuldet an Frankreich 840 Millionen, an England 9,740 Milliarden, an Amerika 7,240 Milliarden

Serbien an Frankreich 1,314 Milliarden.

Rumänien an Frankreich 878 Millionen.

Griechenland an Frankreich 417 Millionen.

Rußland an Frankreich 5,643 Milliarden und an andere Länder 1,309 Milliarden.

Es sei eine „ungeheurliche Ungerechtigkeit", meinte Poincaré, wenn man diese Schulden mit der Schuld Deutschlands „vergleichen" wollte. Wenn England, so führte er weiter aus, darauf bestehe, sofort bezahlt zu werden und seinerseits die Reparationszahlungen aufhalte, dann müßte Frankreich sich an seine verbündeten Schuldner wenden, um die Summen einzutreiben, die man es verhindern wolle, von Deutschland zu holen. Frankreich aber denke nicht daran, einen solchen Schritt zu unternehmen, sondern wolle **zunächst seine deutsche Forderung eintreiben.** Es sei daher sehr wünschenswert, daß **recht bald eine interalliierte Konferenz zur Besprechung des Schuldenproblems zusammentrete, auf der Frankreich seinen Standpunkt darlegen könne.**

Poincaré meinte, man müsse entweder das deutsche Moratoriumsgesuch **ganz ablehnen** oder die **„produktiven" Pfänder verlangen,** die er in London aufgestellt habe, nämlich die Ruhrgruben und die fiskalischen Wälder. England aber habe sich dieser These nicht anschließen wollen, welche die einzige sei, die Frankreich retten könnte.

„Was auch kommen mag," so rief Poincaré aus, **„wir werden hierauf nicht verzichten."**

Der Redner wandte sich dann gegen die Behauptung, Frankreich habe bei Übernahme dieser Pfänder Hintergedanken. Das sei unrichtig. Frankreich denkt nicht an eine definitive Besitzergreifung, sondern nur an eine **Pfändung** und werde diese Pfändern im Interesse der Allgemeinheit so lange behalten, bis sie Deutschland wieder einlösen werde. „Was auch gewisse englische Publizisten sagen mögen," führte Poincaré wörtlich aus, „wir sind keine Neros und keine Bismarcks. Wir sind brave Leutchen, die man in ihrer Arbeit gestört und brutal überfallen hat und deren Ländereien verwüstet wurden."

Wir wollen nichts weiter, als im Frieden unsere tägliche Beschäftigung wieder aufzunehmen. Wir sind bereit, anderen Staaten bei ihren Wiederaufbauversuchen zu helfen. Denn wir wissen, daß die Welt nicht jenseits unserer Grenzen aufhört. So glühend auch unsere Nationalpolitik sein mag, so ist sie doch nicht blind oder engherzig. Es wäre Wahnsinn, wenn wir nicht versuchen würden, sie mit einer **weitsichtigen europäischen Politik** in Einklang zu bringen. Wir wünschen Verbündete unserer Verbündeten, Freunde unserer Freunde zu bleiben. Wir wünschen nichts sehnlicher, als unsere friedlichen und höflichen Beziehungen zu unseren Feinden von gestern wieder aufzunehmen. Aber, so schloß Poincaré seine Ausführungen, wir wollen, daß unsere Schäden repariert werden, und sie werden es sein!

*

Sehr treffend bemerkt das genannte Blatt zu diesen Auslassungen Poincarés:

„Wir sind **keine Bismarcks,"** hat Poincaré gestern pathetisch ausgerufen. Er hat damit mehr Recht, als er weiß. Wenn **Frankreich nach dem Krieg einen Bismarck gehabt hätte, einen Staatsmann von wirklicher Autorität und europäischem Blick, so wäre nicht jene unheilbare Vergiftung der Atmosphäre eingetreten und dem Krieg wäre ein wirklicher Frieden gefolgt. Bismarck hat den Krieg von 1866 derart beendet, daß Österreich der Bundesgenosse des Siegers werden konnte. Und er hat den Sieg von 1870 nur dazu benutzt, eine Ära des Friedens herbeizuführen, die länger gedauert hat und Europa blühender gemacht hat, als irgendeine Periode zuvor.** Bevor die Kriegsentschädigung, die von Frankreich gefordert wurde, endgültig bestimmt wurde — **nicht diktiert,** sondern **vereinbart** — wurden **erfahrene Bankiere als Gutachter herangezogen,** die sofort auch die Finanzierungsmöglichkeiten angaben. Bismarck wollte eben nur das **Mögliche,** während **Clemenceau und Poincaré bewußt das Unmögliche fordern, um den Krieg zu verewigen.** Der französische Ministerpräsident ist ein **großer Redner,** dem alle Töne zu Gebote stehen. Am Sonntag hat er in die **Trompete der Kriegserinnerungen** gestoßen und den **Zunder des Hasses bergehoch gehäuft,** gestern hat er — offenbar unter dem Druck stärkerer Kräfte — Töne der Mäßigung gefunden, wenigstens der **Form** nach. Diese **Rethorik,** die **jeder** Aufgabe gewachsen ist, hilft der Welt wenig. So lange **die Taten** und die **Ergebnisse** dieser Taten **immer neues Unheil erzeugen, die Not vergrößern und die Aussicht auf Rettung verringen,** besagt es wenig, wenn der französische Ministerpräsident gelegentlich versichert, daß er keine Eroberungen **wolle** und auch dem Gegner gerecht zu werden bereit sei."

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationsdelegierten in Berlin.

Die vorgestrigen Besprechungen mit den beiden Vertretern der Reparationskommission haben, laut „Frkf. Ztg.", nur **vorbereitenden** Charakter gehabt, sowohl der Empfang beim **Reichskanzler** mittags, wie die Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. **Hermes** am Abend Sowohl der **Reichskanzler wie Minister Dr. Hermes,** gaben in ihren gestrigen Erklärungen eine **gedrängte Darstellung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands;** die Herren **Mauclère** und **Bradbury** nahmen diese Erklärungen zur Kenntnis. Aus den bisherigen Besprechungen ließ sich über die **Absichten der Reparationskommission und über den Umfang der Vollmachten** mit denen ihre Vertreter hierhergekommen sind, **noch kein Aufschluß gewinnen.** Im Anschluß an die abendliche Beratung mit den Delegierten der Reparationskommission, an denen auch Staatssekretär v. Simson und Staatssekretär a. D. Bergmann teilnahmen, fand in der Reichskanzlei eine **Chefbesprechung** statt, in der die von deutscher Seite zu befolgenden Richtlinien für den Weitergang der Verhandlungen erörtert wurden.

*

Paris, 21. Aug. Die Agentur Havas meldet aus Brüssel: In politischen Kreisen versichert man, daß entgegen der Ansicht gewisser englischer Blätter die belgische Regierung ihrem Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix, **keine** Anweisung gegeben hat, sich beim Zusammentritt der Reparationskommission der Stimme zu enthalten. Ebensowenig hat sie, wie verschiedentlich behauptet wird, irgendeine Abmachung mit der französischen Regierung getroffen. Die belgische Regierung hält sich an den **Versailler Vertrag** und faßte keinerlei Aktion ins Auge, die mit dem Vertrag nicht in Einklang stehen würde. Man ist der Ansicht, daß **Frankreich seinerseits berechtigt ist, gewisse Garantien** von einer so schwachen Regierung wie der deutschen zu fordern. Über die Natur dieser Garantien ließe sich diskutieren, aber man dürfe sich nicht im Prinzip ablehnen. Am meisten würde Belgien nach wie vor ein umfassendes Abkommen zusagen, das das weitläufige Problem der Reparationen, das Problem der Regelung der interalliierten Schulden und das Problem der internationalen Anleihe zur Wiederaufrichtung Europas einschlösse.

*

Über die weiteren Besprechungen erfährt die „Frkf. Ztg." folgendes:

Berlin, 22 Aug. Heute nachmittag haben wiederum Besprechungen zwischen Finanzminister Dr. **Hermes** und Staatssekretär a. D. **Bergmann** einerseits und den Vertretern der Reparationskommission, **Bradbury und Mauclère,** andererseits stattgefunden. Ebenso wie nach der gestrigen Besprechung hat der Finanzminister dem Reichskanzler über den Fortgang der Verhandlungen berichtet und man hat sich mit den **Einzelheiten** der aufgeworfenen Fragen beschäftigt. Morgen vormittag wird eine Chefbesprechung die Angelegenheit behandeln. Die Herren **Mauclère** und Bradbury erschienen gegen Abend zu einer kurzen Aussprache auch beim Reichskanzler.

Soviel wir hören, sind in den bisherigen Erörterungen die Vertreter der Reparationskommission noch nicht mit konkreten Forderungen hervorgetreten. Es dürfte aber sicher sein, daß wenigstens Herr **Mauclère** im Sinne der **französischen** Forderungen instruiert ist, die **Herr Poincaré in London erfolglos vertreten hat,** so daß also die Frage der **Pfänder,** über kurz oder lang auch in den Berliner Beratungen akut werden würde. Vorläufig ist **kein** Grund zu sehen, der die Reichsregierung veranlassen könnte, ihren **ablehnenden** Standpunkt in der Pfänderfrage zu revidieren, und darüber dürften die Vertreter der Reparationskommission auch bereits unterrichtet worden sein.

Paris, 22. Aug. Die Meldungen französischer Blätter, die deutsche Regierung werde wahrscheinlich heute oder morgen in der Frage der Garantien und Pfänder **eigene Vorschläge** machen, die dazu bestimmt seien, die von Frankreich geforderte Verpfändung der staatlichen Gruben und Forsten zu **ersetzen,** dürften trotz ihrer Datierung aus Berlin als **Pariser Versuchsballons** anzusehen sein. Es bestätigt aber jedenfalls die Vermutung, daß Poincaré ein **Kompromiß** nicht ohne weiteres von der Hand weisen würde, wenn der **„Temps"** heute abend schreibt, deutsche Gegenvorschläge könnten von den Alliierten nur dann in Betracht gezogen werden, wenn sie den von Frankreich gewünschten Sicherheitsleistungen **gleichwertige** Garantien enthielten. Im übrigen glaubt das Blatt versichern zu können, die Verhandlungen in Berlin würden nur von ganz kurzer Dauer sein. Die **Entscheidung** sei spätestens Donnerstag oder Freitag zu erwarten und es scheine, daß die deutsche Regierung nunmehr begriffen habe, daß die Forderungen der Reparationskommission ein **Minimum** darstellten und daß jeder Versuch, etwas davon abzuhandeln, **zwecklos** wäre.

Englisch-französische Gegensätze.

Bezugnehmend auf die entrüstete Frage der „Times", ob **nach britischer Ansicht die französischen U-Boote gegen Großbritannien gebaut würden,** sagt **„Daily Chronicle"** in einem Leitartikel: Wir haben keinerlei derartigen Mutmaßungen, **aber es ist an Frankreich, zu sagen, gegen wen sie gebaut werden. Die U-Boote sind doch nur ein einziges Beispiel, zu dem noch Flugzeuge, Besatzungsheere und eine Politik hinzutreten, die auf dauernde Notwendigkeit von Rüstungen begründet ist.** Wir wollen eine Politik des europäischen Friedens und des Wiederaufbaues und für eine solche Politik wollen wir bereit sein, zu zahlen. Aber weshalb sollten wir, bevor Frankreich bereit war, etwas zu tun, um uns in dieser Beziehung zu unterstützen, diese Schuld erlassen, **da auch Frankreich bezahlen könnte, wenn seine Politik weniger kostspielig wäre.**

*

Jouvenel beschäftigt sich in einem Leitartikel des **„Matin"** mit der Frage der **Kriegsschulden,** in dem er darauf hinweist, daß **Poincaré in London den Vertretern der Staaten, die Frankreich Geld schulden,** Erklärungen abgegeben hat. **Dadurch sei Poincaré zum natürlichen Verteidiger aller der Staaten geworden, die Geld hätten borgen müssen, um den Krieg fortsetzen zu können.** Ist deshalb nicht die Stunde gekommen, das **Vorgehen dieser Länder mit dem Frankreichs zu verquicken,** da ihr Schicksal mit dem Frankreichs verknüpft sei? Man solle eine **Konferenz der Schuldnerstaaten** nach Paris einberufen und als **Antwort auf die Balfournote ein Memorandum an London richten, das die Unterschriften von Frankreich, Belgien, der Tschechoslowakei, Rumänien und Polen trage.** Sind wir dann isoliert, wenn wir die Interessen Europas vertreten, wenn wir uns mit allen unseren Verbündeten einigen u. den englischen Politikern sagen, wir verquicken unsere Forderungen mit denen der Vereinigten Staaten? Ein großes **Volk wie das englische, dürfe sich nicht hinter ein anderes verkriechen.** Wenn im August 1914 **Großbritannien** sich damit begnügt hätte, auf Amerika zu warten, dann hätte es sich nicht zum Herrn der deutschen Flotte und der deutschen Kolonien machen können, sondern England hätte seine eigene Flotte, seine Kolonien verloren und sogar das **Recht,** in Europa mitreden zu dürfen. England möge aufhören, **Geld** zu verlangen, denn die Interessen der Alliierten, ja sogar das Gewissen Englands sei in dieser Stunde auf der Seite Frankreichs.

Bayern und das Reich.

Der **bayerische Gesandte von Preger** hat gestern abend dem **Reichskanzler** mitgeteilt, daß der **bayerische Ministerrat und die Koalitionsparteien sich mit dem Ergebnis der letzten Berliner Verhandlungen einverstanden erklärt** haben.

Nach Münchner Meldungen haben die beiden bayrischen Minister **Schweyer** und **Gürtner** dem Ministerrat Bericht erstattet. Der Ministerrat ist der Ansicht, daß die Bedenken, die bisher gegen die Berliner Abmachungen bestanden haben, nunmehr im wesentlichen behoben sind.

Amtlich wurde gestern abend mitgeteilt: Der **Ministerpräsident** unterrichtete heute die Führer der Koalitionsparteien über die Ergebnisse der Berliner Besprechungen und über die dazu erfolgte Stellungnahme des **Ministerrates.** Über die **endgültige Entscheidung des Ministerrates** wird im Laufe des **Mittwoch eine ausführliche amtliche Mitteilung** erfolgen.

*

Über die **Aufnahme** der Ergebnisse, die die letzten Besprechungen der **bayrischen** Minister **Schweyer** und **Gürtner** in Berlin gehabt haben, wird von der **Pressestelle der bayrischen Regierung** mitgeteilt:

„Die **Bedenken,** die bisher gegen die Berliner Abmachungen bestanden **haben, sind im wesentlichen behoben.** Das endgültige Ergebnis der Verhandlungen wird nach Mitteilung an die Vertreter der Koalitionsparteien bekanntgegeben." — Danach hat sich der Ministerrat offenbar mit dem in Berlin Erreichten einverstanden erklärt und will sich darauf beschränken, den Koalitionsparteien voraussichtlich lediglich das Ergebnis mitzuteilen. Eine erneute Stellungnahme der Fraktionen wird von dem Ministerrat nicht erwartet, ist auch wohl nicht nötig, da ja die „bayrischen Wünsche" nicht auf Abänderungen des Berliner Protokolls gingen, sondern sich auf „Erläuterungen und Ergänzungen" beschränkten, denen die Reichsregierung zustimmen konnte. Damit würde der unselige Konflikt endlich sein Ende finden.

Die Reise des österreichischen Ministerpräsidenten.

Aus **Prag** berichtet das Tschechoslowakische Preßbüro vom 22. 8.: Die Besprechungen des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. **Benesch** dauerten im Ministerratspräsidium in Anwesenheit des österreichischen Finanzministers **Segur,** des österreichischen Gesandten Dr. **Marek** und des Gesandten Dr. **Wildner** vom österreichischen Außenministerium und ferner von tschechoslowakischer Seite des Finanzministers A. **Nowak** und der bevollmächtigten Minister Dr. **Girsa** und Dr. **Krofta** den ganzen Tag mit einer kurzen Mittagspause an. Bundeskanzler Dr. Seipel dankte vor allem dem Ministerpräsidenten Dr. Benesch, daß er ihm Gelegenheit gegeben habe zur Erörterung der zentraleuropäischen und damit der österreichischen Frage. In ausführlicher Rede legte der Bundeskanzler die Richtlinien der österreichischen Politik dar und schilderte die Selbsthilfeaktion und den Finanzplan der österreichischen Regierung und die Schwierigkeiten, die die Aktion nach der Londoner Konferenz und der Verweisung der ganzen Angelegenheit an den Völkerbund gefunden haben. Er legte dem Ministerpräsidenten der tschechoslowakischen Republik folgende Fragen vor:

1. Gewährt die Verhandlung der österreichischen Frage vor dem Völkerbund Aussichten, daß doch noch in letzter Stunde jene Zusicherungen auf **finanziellem** Gebiet gegeben werden, die dem Lande den ungestörten Fortbestand ermöglichen oder soll 2. schon jetzt ein anderer Weg beschritten werden, der darin besteht, daß es (nämlich Österreich), sei es ökonomisch oder politisch, bei einem Nachbarstaate oder einer bestimmten Mächtegruppe **Anlehnung sucht?**

Nach einer längeren Debatte, an der sich namentlich auch die beiden Finanzminister beteiligten, kam Benesch zu dem Schluß, daß die Arbeit des Völkerbundes keineswegs unterschätzt werden dürfe, daß man unbedingt diesen letzten Weg versuchen müsse, umso mehr, als er bestimmt wisse, daß sich besonders gewisse Mächte für diese **Frage einsetzen würden.** Einen anderen Weg dürfe man **nicht einschlagen,** da das zentraleuropäische Problem nicht durch Experimente und momentan, sondern nur methodisch und schrittweise gelöst werden könne.

Die Besprechungen, die in voller Offenheit und in bestem Einvernehmen geführt wurden, haben gezeigt, daß die Verhinderung einer finanziellen und wirtschaftlichen Katastrophe in Österreich nicht nur für Österreich selbst, sondern für ganz Europa von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Es wurden übereinstimmend bestimmte Schritte vorgeschlagen, welche von der österreichischen sowie von der tschechoslowakischen Seite unternommen werden sollen. Ministerpräsident Dr. Benesch wird den österreichischen Schritt im Völkerbund **unterstützen,** ebenso wie bei jenen Mächten, die bereits ihr Interesse an der Lage Österreichs gezeigt haben. Zum Schluß wurden einige zwischen der tschechoslowakischen Republik und Österreich schwebende praktische Fragen finanzieller und wirtschaftlicher Natur behandelt und die Art und Weise einer möglichen künftigen engeren wirtschaftlichen Kooperation erörtert. Endlich wurden Modalitäten vereinbart, die zu einer rascheren Flüssigmachung der noch ausstehenden Rate des tschechoslowakischen Kredits für die von Österreich so dringend benötigte Atempause führen werden.

Amerika und die europäischen Anleihen und Schulden.

Die Pariser **„Information"** veröffentlicht eine **Unterredung** mit dem **amerikanischen Bankier Vanderlip** in der **Reparationsfrage,** in der dieser u. a. sagte:

Die **Lage in Italien und Ungarn ist schwierig;** aber in **Deutschland ist sie am kritischsten.** Der **Niedergang der Mark wird industrielle Depressionen, Arbeitseinstellung, Preissteigerung** im Innern und **soziale Unruhen im Gefolge** haben. Die Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage ist durchaus begreiflich, aber **wenn es viel verlangt, läuft Frankreich Gefahr, wenig zu erhalten. Im Juni** dieses Jahres waren die Aussichten für die **Unterbringung einer bedeutenden internationalen Anleihe** auf dem **amerikanischen Markt verhältnismäßig günstig. Heute ist die Aussicht viel schlechter,** denn der **Niedergang der Mark hat die Lage Deutschlands erschwert.** Vanderlip sprach dann von den interalliierten Schulden und erklärte, Amerika ist der Ansicht, daß seine Zubuße im Krieg bedeutend genug gewesen ist und daß man jetzt die Berechtigung der Anleihen, denen es zugestimmt hat, nicht bezweifeln sollte. Wenn noch seine Schuldner zu ihm gekommen wären und ihm gesagt hätten: ich kann nicht bezahlen, so und so sieht es bei mir aus, dann wären die Rückzahlungsbedingungen sicherlich gnädiger gestaltet worden. Amerika hätte selbst neue Anleihen gewähren können. Aber **die Erörterung, die bezüglich der Schulden in Europa begonnen hat, hat die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten beträchtlich abgekühlt. Die europäischen Nationen** — mit Ausnahme von England — haben überdies in ihren **Budgets nichts über die Rückzahlung ihrer Schulden an Amerika** vorgesehen, so daß man sagen kann, **daß die Schuldenfrage heute der Schlüssel der Finanzlage ist.**

Die Nachfolge der Organisation C.

Nach der Auflösung der Organisation C ist ein **„Neudeutscher Bund"** gegründet worden, der an die Stelle dieser Organisation getreten ist. Das ergab sich auch ganz unzweifelhaft aus einem Schreiben des **Kapitäns Ehrhardt** an Münchener Blätter worin er sich **als den Leiter des neuen Bundes und diesen als Rechtsnachfolger der Organisation** C bezeichnete. Nachträglich sucht er dies Zugeständnis einzuschränken und erklärt, die Wendung, daß er die Leitung des Neudeutschen Bundes habe, stelle nur eine „kurze bildliche Wendung" dar, um zum Ausdruck zu bringen, daß die Leiter des Bundes diesen so führen, wie es nach ihrer Überzeugung seinem Denken und Wollen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg